

IG-UHWM
Interessengemeinschaft für eine
Umweltfreundliche Hochspannungsleitung
Wattenwil-Mühleberg
Postfach 33
3088 Rüeggisberg
ig-uhwm@bluewin.ch

Bundesamt für Energie
Sektion NE
3003 Bern

Rüeggisberg, 15.03.2015

Stellungnahme zur Vernehmlassung über die Änderungen im Elektrizitätsgesetz und Stromversorgungsgesetz.

Vorbemerkungen

Unsere Organisation wurde zu dieser Vernehmlassung nicht eingeladen. Als direkt betroffene Anwohner der Hochspannungsleitung Wattenwil-Mühleberg und Gewinner eines wegweisenden Bundesgerichtsurteils in Sachen Bodenverlegung von Hochspannungsleitungen, erlauben wir uns, hier trotzdem Stellung zu nehmen.

Wir verzichten ausdrücklich auf das Ausfüllen des 8-seitigen Fragebogens mit 26 Fragen, da hier zu unseren Anliegen und Kritiken die falschen Fragen gestellt werden.

Wir äussern uns deshalb detailliert und ausführlich zu den neu kreierten Gesetzestexten und erwarten dazu Ihre Aufmerksamkeit.

Zum Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze

Mit dem **Bundesgerichtsurteil 1c_129/2012** vom 12.11.2012 wurde die vom Bundesamt für Energie erteilte Plangenehmigung für die 230/132kV-Hochspannungsleitung von Wattenwil nach Mühleberg über die Gesamtlänge von 33 km aufgehoben und für 23 zusammenhängende Kilometer die Projektierung einer Bodenverkabelung verfügt, was der in der Schweiz mit grossem Abstand längsten je erstrittenen Kabelstrecke entspricht und in ganz Europa zu

grossem Aufsehen geführt hat.

Ein weiteres ebenso klares Urteil zu Gunsten einer 380kV-Leitung ist unter der Nummer 1C_398/2011 (Riniken AG) zu finden. Letzteres allerdings nur für eine Kabelstrecke von 1km, dafür mit umso ausführlicheren Bestimmungen pro Erdkabel.

Wie wir nun anhand der in die Vernehmlassung geschickten Gesetzesvorlagen annehmen müssen, wurde die Zeit zwischen dem Bundesgerichtsurteil vom 12.11.2012 bis heute nicht dazu benutzt, die vom Bundesgericht verfüigten Verkabelungsstudien von Wattenwil bis Mühleberg umzusetzen. Im Gegenteil, jetzt sollen Gesetzesänderungen vorgenommen werden, die dieses wegweisende Bundesgerichtsurteil unterlaufen und faktisch ausser Kraft setzen.

Mit der geplanten Änderung der Verordnung über Nichtionisierende Strahlung (NISV) sollte vorerst einmal der Fortbestand und die Hochrüstung alter Leitungen gesichert werden. Wobei dies bedeuten kann, dass jegliche Verkabelungsvariante oder Verschiebung von Leitungen ausgeschlossen werden könnten.

Mit vorliegender Vernehmlassung für ein neues Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze, d.h. über die Änderung des Elektrizitätsgesetzes und die Änderung des Stromversorgungsgesetzes, sollen offensichtlich auch noch neue Leitungen von der bundesgerichtlichen Rechtsprechung, mit anderen Worten von den Urteilen 1c_129/2012 (Wattenwil-Mühleberg) und Urteil 1C_398/2011 (Riniken AG) losgelöst werden. Dagegen, wie die vorgenannten, von den Anwohnern erstrittenen Bundesgerichtsurteile für Erdverlegung von Hochspannungsleitungen unterlaufen werden, möchten wir unseren allerschärfsten Protest einlegen .

Unsere Bemerkungen zum Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze

Begriffe: Es wird unterschieden zwischen *Übertragungsleitungen* der sogenannten Ebene 1 (Verantwortung Swissgrid) das heisst 220kV und höhere und zwischen *Verteilleitungen* der Ebenen 3, 5 und 7, tiefer als 220kV (Verantwortung Kraftwerke wie BKW, Alpiq usw.) Stufen mit geraden Zahlen betreffen Unterstationen und Trafostationen.

Zu Art 15b:

Gemäss diesem Artikel sollen für landschaftszerstörende Wirkungen von Freileitungen auf Ebene Übertragungsleitungen, Ersatzmassnahmen in Form von Erdverkabelungen auf der Ebene der Verteilleitungen ausgeführt werden dürfen.

Als Ersatz für 80m hohe Gittermasten-Leitungen, 12m hohe Holzstangenleitungen der 50- und 16kV-Ebene in den Boden zu verlegen, ist unverhältnismässig.

Notabene Holzstangen-Leitungen, die angesichts ihres Alters ohnehin sehr bald in den Boden verlegt werden müssen, weil auf dieser Spannungsebene heutige Bodenkabel ohnehin preisgünstiger sind als Freileitungen.

Solche Ersatzmassnahmen hat das Bundesgericht im Urteil Wattenwil-Mühleberg ebenfalls als völlig ungenügend beurteilt. Wir taxieren demnach auch Art.15b als ein Unterlaufen der Bundesgerichtspraxis. Wir verlangen, wenn überhaupt, Ersatzmassnahmen auf der selben Spannungsebene.

Weitaus besser wäre, dass Übertragungsleitungen grundsätzlich nebst in eidgenössischen, auch in kantonalen und kommunalen Schutzgebieten, in den Boden verlegt werden müssen. Die Technologie dazu ist längstens vorhanden.

Zu Art. 15c:

Dass eine Verteilleitung grundsätzlich als Erdkabel auszuführen sei, ist begrüßenswert.

Wenn dabei die Mehrkosten angeblich nur maximal Faktor 3 betragen dürfen, wird in heiklen Gebieten eine Bodenverkabelung wiederum von vornherein ausgeschlossen. **Denn um den Faktor 3 zu unterbieten, müssten die geringeren Transportverluste eines Erdkabels angerechnet werden, was im ganzen Gesetzestext aber nirgends vorgesehen ist.**

Im Fall Riniken hat das Bundesgericht bestimmt, dass die geringeren Transportverluste für eine Zeitdauer von 80 (achtzig) Jahren anzurechnen seien.

Es handelt sich somit um ein inakzeptables Unterlaufen eines Bundesgerichtsurteils.

Zu Art 15 d:

Übertragungsleitungen sollen auf die Stufe von Werken von nationaler Bedeutung erhoben werden, gleichwertig mit Landschaften von nationaler Bedeutung, d.h. mit mehr Gewicht als kantonale und kommunale Schutzgebiete.

Welches der beiden nationalen Interessen von höherer Bedeutung ist, entscheidet dann nicht mehr das Bundesgericht, sondern laut Art 15d Abs 4 der Bundesrat.

Ist die politische Zusammensetzung des Bundesrates so, dass vorwiegend nach wirtschaftspolitischen Überlegungen entschieden wird, sind **Bodenverkabelungen** von Übertragungsleitungen, wie diese in den vorgenannten Bundesgerichtsurteilen Riniken und Wattenwil-Mühleberg gefordert wurden, bereits **benachteiligt**.

Der Bundesrat könnte nach Art 15d Abs3. sogar Verteilleitungen unterhalb der 220kV-Ebene zusätzlich in den Stand nationaler Bedeutung erheben.

Als Gewinner eines wegweisenden Bundesgerichtsurteils, in welchem auch in kantonalen und kommunalen Schutzgebieten eine Erdverkabelung gefordert wurde, fühlen wir uns von Bundesämtern und Politikern, die solche Gesetzesänderungen anstreben, im Stich gelassen.

Wir beantragen, den Artikel 15d ersatzlos zu streichen.

Zu Art 15g bis 15j:

Für neue Leitungen soll die Swissgrid bestimmen, von wo nach wo diese führen. Das Bundesamt für Energie setzt dann eine Arbeitsgruppe ein, bestehend aus Vertretern der Bundesämter wie BFE, BAFU und ARE, verschiedener kantonalen Ämter und der Swissgrid, welche mehrere Korridore durch die Landschaft prüfen und anhand des Bewertungsschemas „Kabel oder Freileitung“ dem Bundesrat zwei Korridorvarianten vorschlagen. Die Gemeinden werden dabei nur noch angehört und die Anwohner werden zwecks „besserer Akzeptanz“ lediglich noch orientiert.

Im Bewertungsschema Kabel oder Freileitung können Plus- oder Minuspunkte für die Bodenverkabelung verteilt werden. **Die Fragestellung ist indessen so aufgezogen, dass eine Bodenverkabelung praktisch nirgends mehr in Frage kommt.** Die Punkteverteilung hängt übrigens über weite Strecken sehr vom persönlichen Empfinden und den persönlichen Interessen der Mitglieder der Arbeitsgruppe ab. Die Schönheit einer Landschaft lässt sich zudem überhaupt in kein Punkteschema pressen.

Gegner und Befürworter von Bodenverkabelung sind in der Begleitgruppe ungleich stark vertreten. **Dieses Bewertungsschema ist somit absolut kein taugliches Mittel, um Kabel- und Freileitungsvarianten seriös gegen einander abzuwägen.**

Nach Art 15i entscheidet sich dann der Bundesrat in einem Bundesratsbeschluss für eine der beiden Varianten. Gegen einen Bundesratsbeschluss gibt es keine Einsprachemöglichkeit mehr. Dieser steht auf Stufe Gesetz und weder das Bundes-Verwaltungsgericht noch das Bundesgericht kann dagegen etwas ausrichten.

Das kommt einem offenen Entzug der bisherigen Einspracheberechtigung der Anwohner sowie der betroffenen Bevölkerung gleich, gegen welchen wir uns ganz entschieden zur Wehr setzen.

Zum Stromversorgungsgesetz vom März 2007

Zu Art 9c bis f:

Gemäss Artikel 9c soll die **Information der betroffenen Bevölkerung zwecks besserer Akzeptanz verbessert werden, dafür nimmt man ihr die Einsprachemöglichkeit beim Bundes-Verwaltungsgericht und beim Bundesgericht weg und ersetzt diese durch ein für Anwohner rechtlich völlig wirkungsloses Mitwirkungsverfahren.**

Es ist ein Irrtum zu glauben, betroffene Anwohner und betroffene Gemeinden liessen sich beim heutigen Stand der Bodenverkabelungs-Technologie noch zu einer Hochspannungs-Freileitung überreden. Die Bürgerinnen und Bürger sind im Zeitalter des Internets viel zu gut informiert.

Das Bundesamt für Energie (BFE) soll allein darüber bestimmen können, ob für ein Projekt

überhaupt noch Einspracheverhandlungen durchgeführt werden oder nicht, was ja gegen einen Bundesratsbeschluss ohnehin völlig aussichtslos ist.

Unser Fazit

Wir befürchten, dass die geplanten Gesetzesänderungen den Bundesgerichtsurteilen 1c_129/2012 (Wattenwil-Mühleberg) und Urteil 1C_398/2011 (Riniken AG) widersprechen und entgegenwirken und die Verkabelung von Hochspannungsleitungen generell erschweren oder gar verunmöglichen werden.

Wir bitten Sie, die begründeten Anliegen der von Hochspannungs-Freileitungen betroffenen Anwohner in diesem Vernehmlassungsverfahren zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Fritz Ohnewein

Präsident
der Interessengemeinschaft Umweltfreundliche Hochspannungsleitung Wattenwil-Mühleberg